

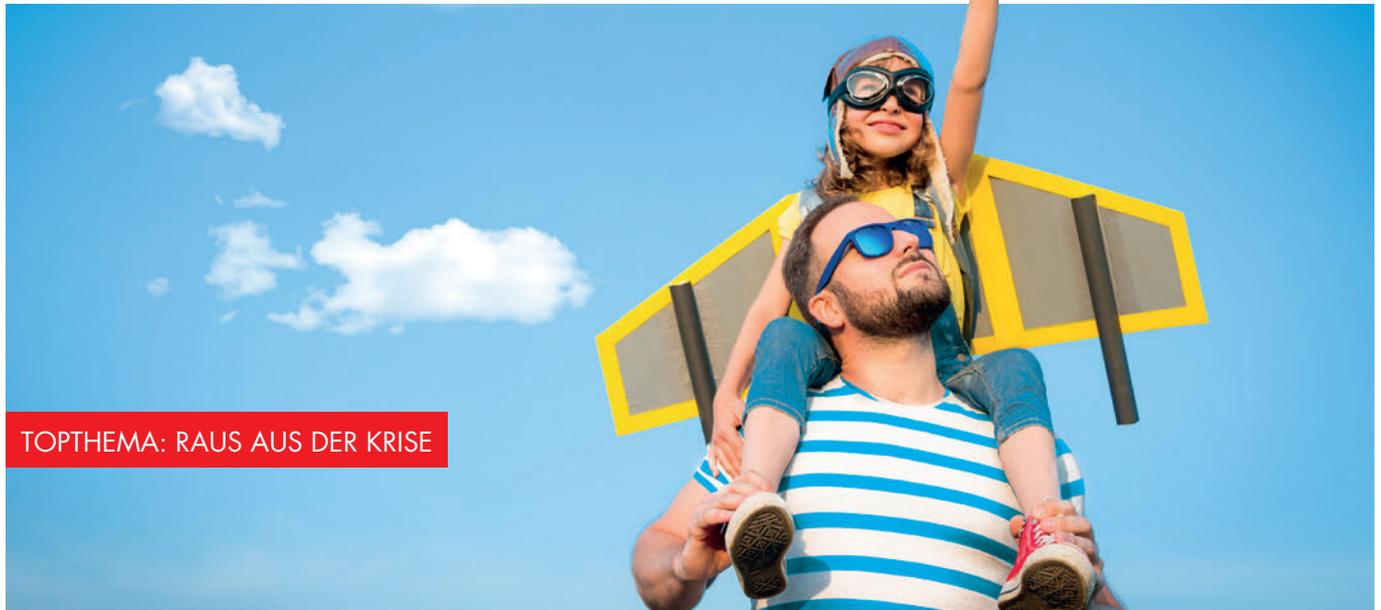
ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

28. Juli 2020

Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg

Information | Meinung | Service



Raus aus der Krise, rein in die Zukunft: Mit unseren Konzepten für eine bessere Politik

Aufschwung Baden-Württemberg

Wie wir unser Bundesland aus der Krise führen wollen

DR. ALICE WEIDEL, ÜBERLINGEN

Corona soll an allem schuld sein und muss als Rechtfertigung für gigantische Schuldenberge herhalten, für zehntausende Insolvenzen und den Existenzverlust hunderttausender Bürger. Die Corona-Politik in

Bund und Land ist Verstärker und bequeme Ausrede zugleich für die Folgen jahrelanger Misswirtschaft.

Denn eine Krise war schon vorher da. Im Automobilland Baden-Württemberg bekommen wir dies besonders dramatisch zu spüren. Stellenstreichungen und der Exodus der Jobs ins Ausland waren bei den großen Autobauern und Zulieferern schon im letzten Jahr in vollem Gange. Mittelständler und Dienstleister werden mit Steuerwucher, Bürokratie und ausufernden Regulierungen erstickt und zum Aufgeben gezwungen. Im Merkel- und Kretschmann-Land haben wir die höchsten Steuern im europäischen Vergleich, liegen aber bei den Privat-Durchschnittsvermögen weit hinter den EU-Südstaaten.

Dazu kommt die Bildungskrise. Neun Jahre Grünen-Landesregierung haben gereicht, um das baden-württembergische Schulsystem von einem Spitzenplatz im Ländervergleich auf

unteres Mittelmaß absteigen zu lassen. Wo sollen die künftigen Tüftler und Ingenieure, Schaffer und Fach-

Wir haben die höchsten Steuern, aber das geringste Privatvermögen – EU-weit

arbeiter herkommen, wenn unsere Schulen Ideologie statt Bildung und Gender-Gaga statt Leistungsbereitschaft vermitteln?

Und schließlich die Migrationskrise und die Krise der inneren Sicherheit. Nach fünf Jahren offener Grenzen und „Wir schaffen das“ ist jetzt der kritische Punkt erreicht. Eine Politik, die Migranten ohne Integrationsbereitschaft unkontrolliert ins Land lässt, militante Linksextremisten als Kämpfer „gegen rechts“ verhätschelt und das Ansehen der Poli-

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

TOPTHEMA: **RAUS AUS DER KRISE** **1-3**
Konzepte|Sommerkampagne|Verkehr

AUS DEN PARLAMENTEN **4 5**
Odenwald|Stuttgart|Karlsruhe

AUS UNSERER PARTEI **6 7**
Antifa|Gebetskreis|„Antirassismus“

AUFGEKLÄRT! **8**
Vor Corona

Fortsetzung von Seite 1

zei mit pauschalen „Rassismus“- und „Rechtsextremismus“-Vorwürfen demontiert, führt zu Zuständen wie in Stuttgart und Frankfurt. Ein Land, in dem sich die innere Sicherheit auflöst, kann auch wirtschaftlich nicht prosperieren.

„Aufschwung Baden-Württemberg“ heißt für uns: Raus aus der Ideologienpolitik, Rückbesinnung auf

*Ohne innere Sicherheit
keine wirtschaftliche
Prosperität*

das, was unser Land stark gemacht und Wohlstand geschaffen hat:

Freiheit und Innovationskraft – Schluss mit den überzogenen Corona-Auflagen, konsequenter Bürokratieabbau, deutliche und dauerhafte Steuersenkungen, damit insbesondere Mittelstand und Mittelschicht wieder Luft zum Atmen haben.

Ökonomische Vernunft und Unternehmergeist – Schluss mit Ideologienpolitik, Preistreiberei und Planwirtschaft im Namen von „Klimaschutz“ und „Energiewende“.

Bildung und Familie – Schluss mit ideologischen Experimenten und Gängelung – Leistung, Qualifikation und Eigenverantwortung zählen.

Sicherheit und Rechtsstaat – Nulltoleranz statt Deeskalation, Grenzen schützen, illegale und kriminelle Ausländer abschieben, „Antifa“ verbieten, Extremismus jeder Richtung bekämpfen.

Damit unser Land wieder auf die Beine kommt, muss der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und diese auch erfüllen. Gleichzeitig muss er den Bürgern die größtmögliche Freiheit lassen. Und er muss mit dem anvertrauten Geld der Steuerzahler sparsam und sorgfältig umgehen und es zuerst im Interesse und zum Wohle des eigenen Landes und seiner Bürger ausgeben.

Wir haben Lösungen dafür, Vorschläge und Konzepte, die machbar und vernünftig sind. Helfen Sie mit, dass die Bürger im Land davon erfahren.

Es gibt eine Alternative. Gemeinsam schaffen wir den „Aufschwung Baden-Württemberg“.

Dr. Alice Weidel ist AfD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Neue Perspektiven für unser Land!

Die Sommerkampagne des Landesverbandes Baden-Württemberg

MARC BERNHARD, KARLSRUHE

Da helfen alle Schönwetterreden aus Berlin und Stuttgart nichts: Die Schadensbilanz nach fünfzehn Jahren Merkel und neun Jahren grüner Dominanz in Baden-Württemberg ist desaströs. Das Erneuer-

bare-Energien-Gesetz belastet die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über 500 Milliarden Euro. Die Energiewende frisst bis zum Jahr 2025 die verfügbaren Ersparnisse der Bürger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen komplett auf. Der Personalchef der Daimler AG warnt: „Der Stellenabbau wird ungeahnte Dimensionen annehmen!“

Wir brauchen einen fundamentalen Politikwechsel für unser Land. Nur wir von der AfD beweisen täglich den Mut zur Wahrheit und seit sieben Jahren die Ausdauer, um dem linksrünen Irrsinn eine Politik entgegenzusetzen, die das Wohl unserer Bürger und die Zukunftsperspektiven in unserer Heimat in den Fokus setzt.

Die AfD hat die Konzepte und die Kraft, neue Perspektiven für unser Land zu schaffen, Arbeitsplätze zu retten und Wohlstand zu sichern. Das ist unsere Botschaft an unsere Mitglieder mit der Sommerkampagne in Baden-Württemberg.

Am 23.7.2020 starteten wir mit der Auftaktveranstaltung in Fried-

richshafen, danach tourt das Infomobil durch alle teilnehmenden Kreisverbände bis zur Abschlussveranstaltung am 29.8.2020 in der Region Rhein-Neckar.

Setzen wir gemeinsam ein starkes und flächendeckendes Zeichen der Entschlossenheit: gemeinsam für unser Land und unsere Kinder.

Raus aus der Krise – rein in die Zukunft!

Marc Bernhard ist Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg





Auch als Familienkutsche: 80 Prozent der deutschen Haushalte haben einen Pkw – und nutzen ihn gerne

Politik für das Auto – und damit für die Bürger

Das Auto ist direkt oder indirekt Grundlage unseres Wohlstands

DR. DIRK SPANIEL, STUTT GART

Ich möchte Ihnen einen Einblick in die Verkehrspolitik der Bundestagsfraktion geben. Wie Sie wissen, haben wir insbesondere in Baden-Württemberg ein besonders passioniertes Verhältnis zum Auto.

Nicht nur, dass wir das Auto erfunden haben, sondern auch, weil es für hunderttausende Arbeitnehmer direkt oder indirekt Grundlage des Wohlstandes ist. Anders als die Regierung bauen unsere Konzepte nicht auf Wunschträumen wie Elektromobilität oder Wasserstoffwirtschaft auf. Wir orientieren uns an der Realität: Rund achtzig Prozent der deutschen Haushalte besitzen einen Pkw und geben an, diesen gerne oder sehr gerne zu nutzen. Das geht auf absehbare Zeit nur mit Verbrennungsmotoren. Und wenn unsere Industrie schon die EU-Vorgaben zur CO₂-Begrenzung einhalten muss, dann bitte mit synthetischen Kraftstoffen, die wir als einzige Partei auch für Pkw fordern. Dann können wir weiter Benzin- und Diesel fahren und der Kraftstoff wird aus CO₂ hergestellt.

Der ideologische Kampf gegen das Auto ist vielfach erkennbar. Ob durch Fahrverbote, Geschwindigkeitslimitierungen und Fahrradstreifen: Überall wird versucht, das Autofahren un-

attraktiver zu machen. Dafür gibt es klare Zahlen (aus 2018):

Ein Bundeshaushalt, der abzüglich der Maut-Einnahmen nur 1 Milliarde Euro in die Straßen, 5,6 Milliarden in die Fernverkehrs-Bahn und 8,4 Milliarden in den Nahverkehr (vorwiegend für die Bahn) investiert, obwohl mehr als neunzig Prozent der Personenbeförderungsleistung auf der Straße abgewickelt werden, lässt einen krassen Missstand erkennen. Sie sehen, der Ausbau an Infrastruktur für das Auto scheitert nicht am Geld, sondern am politischen Willen.

Wenn es einen unerfreulichen Aspekt am Autofahren gibt, so ist das für viele der stockende Verkehr in städtischer Umgebung. Schätzungsweise 25 – 35 Prozent des Verkehrsaufkommens in den deutschen Innenstädten ist auf die Suche nach Parkplätzen zurückzuführen. Das ist absolut inakzeptabel und eine Stellschraube, an welcher sich mit einfachen Mitteln ein großer Komfort- und Zeitgewinn für uns alle realisieren ließe.

Wir arbeiten daher an Konzepten, dass bei künftigen Neubauten, egal ob Wohn- oder Gewerbefläche oder bei Straßenerneuerungen, eine gewisse Anzahl an Parkplätzen vorgehalten werden muss. Ein massiver Ausbau des Parkplatzangebotes wäre die Folge. Denkbar ist auch, dass

lange und breite Zubringerstraßen im Stadtgebiet mit Parkplätzen untertunnelt werden. Damit wird Verkehr reduziert und wertvolle Zeit eingespart. Gleichzeitig ist plötzlich die komfortable Nutzung der Innenstädte wieder möglich.

Das „knappe Gut Raum“, von dem im linksgrünen Milieu oft die Rede ist, wird bei genauerem Hinsehen nämlich gar nicht effektiv genutzt. Es fehlt somit ausschließlich am politischen Willen und nicht an innovativen Lösungen, den Individualverkehr zu stärken.

Wir wollen mit unseren Verkehrskonzepten Lebensqualität zurückbringen und das Auto wieder zu dem machen, was es viele Jahre war: ein Symbol für die Freiheit.

Dr. Dirk Spaniel MdB ist verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Obmann im Verkehrsausschuss





AUS DEN PARLAMENTEN

Foto: Isaac Fyxe/ Pixabay

Nur ein grünes Mäntelchen: Der Aufkleber steht für willkürliche Bevorzugung wenig nachhaltiger Produkte

Unfairer Etikettenschwindel

Warum die AfD im Kreistag gegen „Fairtrade“ gestimmt hat

TOBIAS ECKERT, NECKAR-ODENWALD

In seiner Mai-Sitzung beschloss der Kreistag des Landkreises Neckar-Odenwald, sich um die Auszeichnung als „Fairtrade-Landkreis“ zu bewerben. Unter der Bezeichnung „Fairtrade Towns“ gibt es inzwischen etwa 680 Städte und Landkreise in Deutschland.

Kriterien dafür sind, dass es im Büro des Landrats und bei Kreistags- und Ausschuss-Sitzungen Fairtrade-Kaffee und ein weiteres „fairen“ Produkt wie Fairtrade-Zucker geben muss, dass in 25 Einzelhandelsgeschäften und 13 Gastronomiebetrieben kreisweit je mindestens zwei Produkte aus „fairem“ Handel angeboten werden (die Zahlen hängen von der Zahl der Bewohner im Kreis ab), ferner dass öffentliche Einrichtungen, darunter mindestens eine Schule, ein Verein und eine Kirche, „faire“ Produkte anbieten müssen.

Von CDU, Freien Wählern, SPD und Grünen kamen einstimmig nur Floskeln und Lob. So stimmte am Ende auch nur die AfD-Fraktion gegen die Bewerbung. Wir unterstützen fairen und nachhaltigen Handel

grundsätzlich und verweisen dazu auf Kapitel 9.2. in unserem Grundsatzzprogramm. Wir sprachen jedoch den Etikettenschwindel an, der „Fairtrade“ unter anderem von Verbraucherschutzzentralen vorgeworfen wird.

Diesen Schwindel haben wir selbst anhand von Produkten überprüft, bei denen teils lediglich eine einzige Zutat einer Zutat (der Kakao im Schokoüberzug von Keksen) zertifiziert ist und dennoch das gesamte Produkt mit großem Logo als „fair“ vermarktet wird. Wir haben darauf hingewiesen, dass laut Untersuchungen der University of London und der Stiftung Warentest die Mehrkosten gar nicht bei den Ärmsten ankommen. Es

Die höheren Erlöse kommen laut Stiftung Warentest gar nicht bei den Ärmsten an

störte uns, dass damit regionalen Produkten Konkurrenz gemacht wird und dass uns keiner die Mehrkosten beispielsweise für „Bildungsaktivitäten“ zum Thema beziffern konnte oder wer die Mehrkosten trägt, wenn eine Schule auf Fairtrade umstellt.

Wir kritisierten außerdem die angebliche Vorbildfunktion, die die anderen sahen. Wir halten es eher für einen Ausdruck der sozialen Distanz, wenn sich der Kreistag im Angesicht von Sparmaßnahmen und Erhöhung der Kreisumlage gleichzeitig zu sei-

nen eigenen Sitzungen besseren Kaffee und Orangensaft bringen lässt, statt das zu nehmen, was an den Tagungsstätten wie Gemeindehäusern, Turnhallen, Schulen üblich ist. Auf Kosten anderer „Vorbild“ zu spielen

Der Kreistag lässt sich nun den besseren, teureren, „fairen“ O-Saft servieren

ist leicht. Wir sehen es als willkürliche Bevorzugung an, dass wir nun die Produkte eines Labels bevorzugen, das weder das günstigste noch das nachhaltigste ist.

Wie das grüne Mäntelchen in der Praxis aussieht, erleben wir bereits in Städten, die schon „Fairtrade Town“ sind oder sich darum bewerben. Dort gibt es bei Sitzungen dann Fairtrade-Kekse statt Waren vom örtlichen Bäcker, Fairtrade-Orangensaft statt regionalem Apfelsaft und Müsliriegel mit Zutaten, die aus der ganzen Welt kommen, statt die Riegel vom Produzenten im Landkreis zu kaufen – und zuvor brauchte man überhaupt keine Riegel in den Sitzungen!

So sieht „Nachhaltigkeit“ für die anderen Parteien aus.

Tobias Eckert ist Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag Neckar-Odenwald

Regierung muss Schaden ersetzen

Gutachten zu Lockdown-Schadensersatzansprüchen im Landtag vorgestellt

DR. THOMAS HARTUNG, LEONBERG

Niemand verlangt, dass die Landesregierung Geschenke verteilt. Sie soll sich aber ihrer Verantwortung stellen und den coronageschädigten Gewerbetreibenden ihren Schaden ersetzen“, so Fraktionschef Bernd Gögel bei der Vorstellung des Fraktionsgutachtens „Schadensersatzanspruch von Gewerbetreibenden auf Grund der Corona-Verordnungen“ im Landtag. Er verwies darauf, dass bei zwangsweiser Schließung gewerblicher und gastronomischer Betriebe der entgangene Gewinn ersetzt werden muss.

Damit wird das Land mit einem Milliardenbetrag in die Pflicht genommen, der bislang in keinem Haushaltsposten auftaucht. Allein bei 31.000 Dehoga-Mitgliedsunternehmen im Südwesten kann man von 800 Millionen ausgehen.“

Der Gutachter Dr. Ulrich Vosgerau hatte herausgearbeitet, dass Gewerbetreibenden, Ladeninhabern, Gastronomen, Kinobesitzern, Künstlern und anderen, die aufgrund der Corona-Verordnungen der Regierung von Baden-Württemberg seit dem 16. März 2020, insbesondere wegen der angeordneten Schließung von Geschäften und Restaurants, gravierende Umsatzeinbußen erlitten haben, gegen das Land ein Entschädigungsanspruch zusteht, der auch den entgangenen Gewinn im Sinne des gewöhnlichen Verdienstes umfasst.

Grundlage ist der so genannte „Aufopferungsgedanke“, der bis auf das Preußische Landrecht zurückgeht: Ein Bürger, der aufgrund einer staatlichen Maßnahme eine Vermögenseinbuße erleidet – beispielsweise gezwungen ist, sein Eigentum aufzugeben oder es nicht mehr bestimmungsgemäß wirtschaftlich nutzen kann – ist berechtigt, Schadensersatz zu verlangen. Dieser Grundsatz ist heute im Polizeigesetz von Baden-Württemberg in Paragraf 55 Absatz 1 und Paragraf 9 Absatz 1 festgehalten. Grundrechtsdogmatisch ist er in Artikel 14 GG aufgehoben, also der Eigentumsgarantie.

Es kommt dabei nicht darauf an, ob die in den Corona-Verordnungen des Landes angeordneten Schließungen und sonstige Auflagen rechtmäßig oder rechtswidrig gewesen sind. Da die Rechtswegzuständigkeit in Staatshaftungssachen seit jeher zwischen Zivil- und Verwaltungsgerichten strittig gewesen ist, sind beide Klagewege statthaft. Zahlungspflichtig ist in jedem Falle das Land Baden-Württemberg als Rechtsträger der Landesregierung, die die Corona-Verordnungen erlassen hat und verantwortet.

Alice Weidel erklärte, der Landes- und Bundeshaushalt werde durch die Entschädigungen massiv unter Druck geraten.

Dr. Thomas Hartung ist Pressesprecher der AfD-Fraktion im Landtag

„Sichere Häfen“ – mehr Tote

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

In etwas ungewöhnlicher, um nicht zu sagen gespenstischer Atmosphäre tagte der Kreistag Karlsruhe Land im Mai in Karlsruhe. Eine große Halle, viel Abstand zwischen den Kreisräten, nur wenige direkte Kommunikationsmöglichkeiten waren die Folge.

Der umstrittenste Tagesordnungspunkt war der Antrag der Grünen zum Beitritt des Landkreises in das Bündnis „Städte Sichere Häfen“.

Erfreulicherweise hat die Landkreisverwaltung den Antrag aufgrund vollständig fehlender rechtlicher Grundlage abgelehnt, ebenso wie die CDU Fraktion. Trotzdem musste ich unsere Position sehr deutlich darlegen und konnte die Fraktionsvorsitzende der Grünen direkt fragen, ob und wie viele Flüchtlinge sie bei sich zu Hause aufnehmen würde. Natürlich kam keine Rückmeldung hierzu.

Interessanterweise sind die Zahlen der Ertrunkenen im Mittelmeer ja höher, je mehr Menschen in den Schlauchbooten gerettet wurden. Diesen Zusammenhang habe ich dargestellt und bin damit bei Oberbürgermeisterin Petzold-Schick aus Bruchsal auf große Kritik gestoßen. Der Hinweis, dass die meisten unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Wirklichkeit junge erwachsene Männer und eben keine Familien oder Frauen sind, die Hilfe benötigen, wurde mit nur geringem Beifall zur Kenntnis genommen.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und Kreisrat im Kreistag in Karlsruhe Land



Foto: Karsten Klauer

Emil Sänze, Dr. Alice Weidel, Bernd Gögel und Gutachter Dr. Ulrich Vosgerau



Foto: AfD Landtagsfraktion



Feige versteckt hinter dem roten Tuch: „Antifa“ in Stuttgart am 28.6.20

Dreister Angriff

Linksextreme griffen uns trotz Polizeipräsenz auf offener Straße an

RUTH RICKERSFELD, WAGHÄUSEL

Auf dem Rückweg von der Demo am 28. Juni in Stuttgart wurden fünf Mitglieder und zwei Freunde unseres AfD-Stadtverbands Waghäusel von „Anti“-faschisten massiv bedroht, verbal angegangen, körperlich angegriffen.

Obwohl wir keinerlei Hinweise auf unsere Parteizugehörigkeit oder Teilnahme an der Kundgebung trugen, kam eine größere Gruppe dem links-extremen Milieu zuzuordnenden Jugendliche unter Gegröle der üblichen Hassparolen auf uns zu. Sie waren auf Provokation, Einschüchterung und Gewalt aus. Sie bedrängten

Mein Appell: Lasst euch nicht abschrecken. Zeigt, dass die Linken nicht gewinnen!

uns körperlich und beleidigten uns verbal mit den üblichen Parolen wie Nazi, Rassist und anderen Ergüssen.

Von uns ging keinerlei Provokation aus. Im Gegenteil: Eine Diskussion mit diesen verblendeten, aufgesetzten Personen war nicht möglich. Plötzlich wurde ein Mitglied unseres Stadtverbands angegriffen und gestoßen. Unser Verbandsvorsitzender, über 70 Jahre alt, erlitt das gleiche Schicksal. Nur dem schnellen Eingreifen der Polizei war es zu verdanken, dass niemand wirklich verletzt wurde. Die Ordnungskräfte hatten

noch eine Weile damit zu tun, den linken Mob zu vertreiben, wobei auch der Einsatz von Pfefferspray notwendig war. Leider bekam das auch eine Polizistin ab, der danach von einem Kollegen die Augen ausgespült werden mussten.

Wir gaben den Vorfall bei der Polizei zu Protokoll. Somit wird der Angriff aktenkundig und in die Kriminalitätsstatistik aufgenommen. Der Vorfall wird durch die Polizei in Stuttgart bearbeitet, ein Video wird ausgewertet. Vielleicht können Täter identifiziert werden.

Einen großen Appell habe ich an die Mitglieder unserer Partei: Lasst euch nicht abschrecken und kommt zahlreich zu unseren Kundgebungen! Zeigt, dass die Linken nicht gewinnen werden. Unsere Polizei schützt uns.

Ruth Rickersfeld ist Beisitzerin im AfD-Stadtverband Waghäusel-Philippensburg und Stadträtin in Waghäusel



Gebetskreis gegründet

VERENA BÄUERLE, DURMERSHEIM

In Rastatt ist aus Mitgliedern der AfD ein Gebetskreis aus Christen entstanden. Es ist uns ein Anliegen, für unser Land und für die Politik zu beten, aber auch für weltweite Nöte verfolgter Glaubensgeschwister, die ich durch meinen mehrjährigen Einsatz als Entwicklungshelferin in Nahost kennengelernt habe.

„Gebet ist die Kraft, die den Arm Gottes bewegt, der die Welt bewegt“ – sollten wir diese Chance ungenutzt lassen?

Den Gebetskreis haben wir vor einigen Monaten gegründet, wöchentlich treffen sich Frauen aus der AfD in Rastatt und Baden-Baden, Mitglieder verschiedener Kirchengemeinden.

Der Gebetskreis soll sich außerdem bald zu einer regulären Ortsgruppe der „Christen in der AfD“ weiterentwickeln. Eingeladen ist jeder, der Mitglied in der AfD ist und gemeinsam mit anderen Christen beten will. Es geht nicht nur um die Themen und Man-

Unsere Mandatsträger brauchen Schutz und Segen – und unsere Gebete

datsträger der eigenen Partei, sondern darum, für das ganze Land im Gebet einzustehen, vor allem auch zu hören, was Gott uns aufs Herz legt. „Soll ein Volk nicht seinen Gott befragen?“ Dies ist mir als Kommunalpolitikerin unerlässlich.

Unsere Mandatsträger sind tagtäglich gefordert. Sie brauchen Weisheit, Kraft, Ausdauer – und ganz viel Schutz und Segen. Deswegen stehen wir gerne im Gebet hinter ihnen.

Verena Bäuerle ist Kreistagsabgeordnete im Kreistag Landkreis Rastatt

Gemeinsam beten





Plötzlich rassistisch? Auch ein harmloser Otto-Film landete auf dem Index der Bilderstürmer

Rassismus – gegen Weiße

Der „Antirassismus“ betreibt hanebüchene Geschichtsklitterung

DR. THOMAS HARTUNG, LEONBERG

Die Bilderstürmerei gegen Bismarck und Wilhelm II. hierzulande und gegen Columbus dortzulande im Gefolge der Floyd-Proteste – ein im goldenen Sarg begrabener Kleinkrimineller – ist hanebüchene Geschichtsklitterung: Als ob die Vergangenheit tribunalisiert und die Sklaverei ungeschehen gemacht werden könnte. Doch tribunalisiert werden im Namen des neuen Götzen „Antirassismus“ inzwischen auch Sportkommentare, Autolackierungen, Namen, Filme und selbst Produktbezeichnungen.

In Dänemark ergab eine Studie, dass in der Fußballberichterstattung weiße Fußballspieler als intelligenter dargestellt, Schwarze dagegen kritisiert und auf ihre physischen Eigenschaften reduziert würden. Zum Formel-1-Auftakt in Österreich war der Mercedes von Hamilton und Bottas schwarz lackiert – bisher waren die Boliden primär in silber gehalten.

Geht es nach den Demokraten im kalifornischen Bezirk Orange County, würde der „John Wayne Airport“ nicht mehr lange so heißen, da der Namensgeber „rassistische und fa-

natische“ Positionen vertreten habe. Das Verbrechen des Schauspielers: In einem Interview im „Playboy“ sagte Wayne 1971, er glaube an die „weiße Überlegenheit“ („white supremacy“), sei überzeugt, dass Schwarze der „Erziehung“ bedürftig und dass er sich nicht schuldig wegen der Tatsache fühle, „dass diese Leute vor fünf

*Eine Cambridge-Professorin:
„Weiße Leben spielen keine Rolle. Weißsein abschaffen.“*

oder zehn Generationen Sklaven waren.“ Sein Sohn Ethan und Präsident Trump verteidigten ihn vehement.

Selbst einem der erfolgreichsten deutschen Streifen mit Millionenpublikum werden „Stereotype“ vorgeworfen. In einer Szene des Klamauk-Streifens „Otto – der Film“ (1985) verscherbelt der Protagonist einer älteren Dame an der Wohnungstür einen Schwarzen. Auch das N-Wort fällt mehrfach.

L'Oréal änderte nach Protesten Begriffe wie „Bleichen“ und „Aufheller“. Diese Begriffe seien auf weiße Verbraucher zugeschnitten, hatten die Kritiker moniert. Auch der lächelnde Schwarze auf den Reisepackungen von „Uncle Ben's“ soll weiterentwickelt werden, um rassistische Vorurteile zu bekämpfen.

Bei so viel Huldigung des Schwarzseins lässt die Verdammnis des Weißseins nicht lange auf sich warten. Die britische Universität Cambridge hat

folgenden Tweet der Professorin für postkoloniale Literatur, Priyamvada Gopal, verteidigt: „Ich werde es noch einmal sagen. Weiße Leben spielen keine Rolle. Als weißes Leben.“ Sie fügte hinzu: „Weißsein abschaffen.“ Alle Tweets seien gegen eine „Struktur und Ideologie“ gerichtet gewesen, nicht gegen Menschen. Es gehe um die Abschaffung einer Rassenhierarchie, in der Weiße an der Spitze stehen würden.

Michael Klonovsky befand unlängst: „Ohne die Schöpfungen des weißen Mannes hätten seine Ankläger weder Zeit noch Mittel, ja nicht einmal Begriffe, um ihn mit Vorwürfen zu überhäufen.“

Fragt sich also, warum die Ankläger inmitten jener leben, arbeiten und deren zivilisatorische Annehmlichkeiten genießen, die sie doch eigentlich verdammen.

Dr. Thomas Hartung ist Pressesprecher der AfD-Fraktion im Landtag



IMPRESSUM

Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

AUFGEKLÄRT!

Vor Corona

CAROLA WOLLE, BEILSTEIN

Seuchen begleiten die Menschheit seit jeher als Epidemien und Pandemien. Im 14. Jahrhundert raffte die Pest in Europa ein Drittel der Bevölkerung dahin. An der Spanischen Grippe starben 1918 bis 1920 weltweit fast hundert Millionen Menschen, mehr als im ersten Weltkrieg.

Der medizinische Fortschritt konnte den Pandemien ihren Schrecken nicht nehmen. 2002/2003 verbreitete sich das SARS-Virus in nur wenigen Wochen von China um die ganze Welt. Schon diese eher harmlose Pandemie – zirka 1.000 Tote weltweit – verursachte in China einen Einbruch der Wirtschaft mit weltweiten Auswirkungen. Ein Warnschuss.

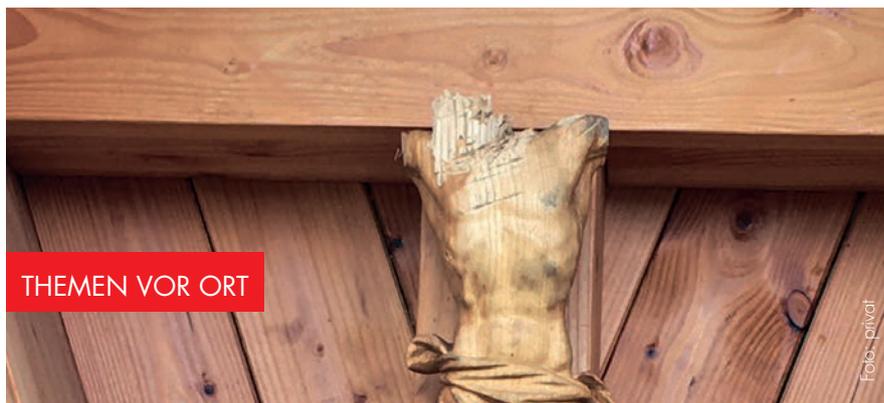
Doch wurde dieser Warnschuss gehört? Im Jahr 2012 wurde der Bundesregierung eine Risikoanalyse am Beispiel eines SARS-ähnlichen Virus vorgestellt. Das Szenario glich beängstigend der Ausbreitung des Corona-Virus ab Ende 2019. Das Risiko einer Pandemie war also bekannt, Bundesbehörden hatten klare Empfehlungen gegeben – aber es geschah seitens der Politik nichts.

Erst als es fast zu spät war, hat die Bundesregierung die Wirtschaft abrupt heruntergefahren und damit die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit verursacht. Es ist jetzt ihre Pflicht und Schuldigkeit, zu retten, was noch zu retten ist.

Carola Wolle ist Landtagsabgeordnete und stv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau



Foto: AfD Landtagsfraktion



THEMEN VOR ORT

Foto: privat

Jesusfigur geköpft

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Mit großer Abscheu hat meine Familie von der Zerstörung des gestifteten Feldkreuzes am Gewann „Am Leitzpfad“ in meinem Heimatort Bad Schönborn Kenntnis genommen. Nachdem es bereits in der Vergangenheit einen Anschlag durch Schmierereien auf das Kreuz gegeben hatte, wurde die Jesusfigur an Pfingsten mit brutaler Gewalt zerstört. Mit einer Axt wurde diesem Symbol des christlichen Glaubens der Kopf abgehackt.

Wir ahnen, welche Gruppen für die Schändung dieses Abbildes des christlichen Abendlandes in Frage kommen. Wir als AfD versuchen, dieses Abendland zu schützen – und dennoch wird uns eine Mitverantwortung für diese Tat und infamerweise sogar Antisemitismus unterstellt.

Während andere Parteien tatenlos zusehen, wie unsere einzigartige Kultur zerstört wird, stellen wir uns der Islamisierung entgegen. Wir erwarten nicht, dass uns alle dafür dankbar sind, verwahren uns aber deutlich gegen solche Vorwürfe.

Für die Ergreifung des Täters habe ich eine Belohnung von 1.000 Euro ausgesetzt. Sachdienliche Hinweise melden Sie bitte unmittelbar der Polizeidienststelle Bad Schönborn.

Leider wurde bislang kein Täter ergriffen. Ich hoffe dennoch, dass dies hilft, ihn dingfest zu machen, damit der Öffentlichkeit bekannt wird, wer diesen Angriff auf unsere Werte zu verantworten hat.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

DIE GUTE NACHRICHT

Es ist einzig und allein der AfD zu verdanken, dass die Parteien in Thüringen – und wohl bald nicht nur dort! – künftig nicht gesetzlich gezwungen sind, ihre Wahllisten zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen zu besetzen. Der Verfassungsgerichtshof

hat das „Paritätsgesetz“ von Rot-Rot-Grün als verfassungswidrig gekippt.

Demokratiekunde von der Richterbank: „Die Abgeordneten sind nicht ... einer Bevölkerungsgruppe verantwortlich, ... sondern sie repräsentieren das Volk grundsätzlich in ihrer Gesamtheit ...“ Wer hat's gewusst? Allein die AfD. //red

